

Feber 2012

WITTIKOBRIEF

UNABHÄNGIG-RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND



Das Schicksal der Familie Skoda
(Sh. Seiten 16-18)

Inhalt:

Dr. Walter Staffa verstorben (S.3)

Nachruf Vaclav Havel (S. 5)

Auf ein Wort (Roland Schnürch, S. 7)

Kleine Schritte- aber wohin? (S. 7)

Telegramm von der Bundesversammlung (S. 8)

Entschädigung für Donauschwaben! (S. 9)

Bücherentledigung“ (S. 10)

Strukturierte Demokratie (S. 11)

Merkwürdiges bei tschech. Genealogen (S. 13)

Proteste in Ungarn (S. 14)

Los von Rom? (S. 15)

Skoda: Aufstieg und Ende... (S. 16-18)

Das Dictum des 21. Jahrhunderts (S. 19)

Neues von der EUFV (S. 20)

Krystlik II ist erschienen! (S. 22)

und weitere Beiträge passim!

Impressum**DER WITIKOBRIEF.**

(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung)

Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 16 Euro; für Mitglieder frei.

Herausgeber: Witikobund e.V

V.i.S.P.: Roland Schnürch, 1. Vorsitzender, Paul-Löbe-Str.39, 40595 Düsseldorf, Tel/Fax: 0211-703166

Schriftleitung: Friedebert Volk, J.S.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-9858994 (ab 25.6.12 wieder -2611);

e-Post: witikobund-bundesverband@freenet.de,

Druck: Ortmaier-Druck, 84160 Frontenhausen, Birnbachstr.2

Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!

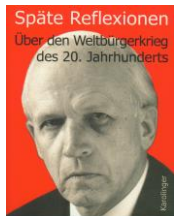
Bankverbindungen: Hypo Vereinsbank München, Kto. 6880 157 106, BLZ. 700 202 70

(IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX); Postbank München, Kto. 152 360-803; BLZ. 700 100 80

(IBAN: DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF)

Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, c/o Heimatkreis Mies-Pilsen, Bauhofstr. 41,

91550 Dinkelsbühl, Tel.: 09851-53003, Fax: 09851-53004 (nur vormittags)

Heimseite: www.witikobund.de

Ernst Nolte

Ein Bekenntnis Ernst Noltes:

„Ich muß mich anklagen, daß ich die Literatur der deutschen Vertriebenen über das Kriegsende zu wenig zur Kenntnis genommen habe. ... Ich muß mich auch Heidegger gegenüber entschuldigen, dessen Vergleich zwischen den Juden und den Ostdeutschen mir wie eine bloße Apologie vorkam. Tatsächlich waren die Vorgänge insbesondere in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße nicht selten grausamer und schrecklicher...“
(Ernst Nolte, Späte Reflexionen, S. 95 f., links: Umschlagbild des lesenswerten Buches!)

Fundstücke:

- 1.) Im „alten Österreich“ erbrachten 1905 die Deutschen 86,3 % aller Steuern. Die deutschböhmisches Presse rechnete genüsslich vor, daß das um 50,3 % mehr war als sie nach Kopffzahl und „slawischer Gleichberechtigungstheorie“ hätten zahlen müssen (Deutsche Wacht an der Mies, 3.2.1906).
- 2.) Deutschland war 1933 militärisch gegenüber seinen unmittelbaren Nachbarn (also ohne England) mit 1:12 unterlegen; mit den Reserven sogar 1:97 (!). 1939 war das Verhältnis immer noch 1: 2,5. (sh. youtube: Schultze-Rhonhof, Vortrag am 10.2.2010 in München;).
- 3.) Am 21. April 1938 lag nach Meinung W. Churchills die Wahrscheinlichkeit eines deutschen Angriffes auf die Tschechoslowakei bei 1:50. Daher riet er Benesch, selbst „einen Krieg hervorzurufen“, was dann zur Teilmobilmachung am 20.Mai 1938 führte (Vaclav Kral, Das Abkommen von München, Prag 1968, S. 117).
- 4.) Die Bevölkerung Prags war 1847 zu 64 % deutsch und zu 44 % tschechisch. Man sagte *Nemec a Cechy jeden telo* (Deutsche und Tschechen sind ein Leib; Herget, Egerländer 1994, 5, S. 13).
- 5.) Im Sammelband seiner Reden hat Vaclav Havel seine sudetenfeindliche Ansprache vom 10.3.1990 in Eger („*vertreibt sie mit der Peitsche*“) unterdrückt (Herget, Egerländer 1993, 5. S. 9).

Dr. Walter Staffa verstorben

Am Freitag, dem 18. November 2011, schloß der Ehrenvorsitzende unseres Bundes, Dr. Walter Staffa, seine Augen für immer. Der Verstorbene gehörte 1950 zu den Gründungsmitgliedern des Witikobundes und war dessen Vorsitzender von 1990 bis 1996.



Walter Staffa †

Dr. Staffa wurde am 7. September 1917 in Kremsier/Mähren geboren. Da die Stadt mehrheitlich tschechisch war, ließ sie nach 1918 sämtliche deutschen Schulen schließen. Walter Staffa besuchte daher bis zur zweiten Gymnasialklasse tschechische Schulen. Sprachschwierigkeiten hatte er kaum, weil er von seiner Mutter das Wallachische, eine dem Tschechischen sehr ähnliche Mundart, gelernt hatte. Mit zwölf Jahren wechselte Walter auf das deutsche Gymnasium in Olmütz, wo er 1936 das Abitur ablegte. In der Folge studierte er in Prag Medizin und erlebte die bekannten Anfeindungen gegen deutsche Studenten, etwa wenn sie sich mit weißen Kniestrümpfen oder in ihrer Turnerkluft auf der Straße zeigten. Walter Staffa selbst wurde dabei einmal vom

Moldauufer in das Wasser gestoßen. Im Jahre 1938 verließen die deutschen Studenten auf Anraten ihrer Professoren für einige Monate ihren Studienort, aber als „patriotischer Jungturner“ entging Walter Staffa auch in seiner Heimatgemeinde im September 1938 nicht der Verhaftung. Sein Studium setzte er im Januar 1939 fort, unterbrochen nur von einer dreimonatigen Grundausbildung bei der deutschen Wehrmacht. Nach den Abschlussprüfungen und der Approbation Ende 1941 erhielt er den Marschbefehl an die Ostfront. Dort war er als Truppenarzt tätig und wurde selbst mehrmals, teils sehr schwer, verwundet. Kaum genesen nahm er an der Ardennenoffensive teil. Der Kriegsgefangenschaft entzog er sich durch einen meist nächtlichen Fußmarsch nach Süddeutschland. Von dort fuhr er, getarnt als Tscheche, mit einem Fahrrad nach Mähren zu seinen Eltern. Bereits einen Tag nach der Rückkehr wurde er wieder verhaftet. Dem Verlauf seiner Verhöre entnahm er, daß ihm eine schwere Strafe drohte. Dieser entging er nur durch ein tollkühnes Husarenstück. Das Jahr 1946 verbrachte Staffa im berühmten Lager Hodolein als Lagerarzt. Ende 1946 erreichte er als blinder Passagier auf einem Aussiedlungstransport Nürtingen, wo er rasch Fuß fasste und eine erfolgreiche ärztliche Praxis für Allgemeinmedizin aufbaute.

In seiner neuen Heimat schloß er sich einer Freien Wählergemeinschaft an und betätigte sich 37 Jahre lang als Kommunalpolitiker. Dafür erhielt er 1984 das Bundesverdienstkreuz am Bande. In der Sudetendeutschen Landsmannschaft nahm er Verantwortung im Bundesvorstand und im Sudetendeutschen Rat wahr. Viel Freizeit opferte er der DJO und dem „Deutschen Seminar“. Letzteres brachte ihn auch mit Paul Lamatsch zusammen, dem Verfasser grundlegender Schriften zur Sudetendeutschen Frage. Oft nahm Walter Staffa auch in Zeitschriften zu brennenden politischen Themen Stellung.



Walter Staffa
im Jahre 2011

Der jetzt Heimgegangene stand bei Kriegsende im 28. Lebensjahr und hatte den Kampf um seine sudetendeutschen Heimat bewusst erlebt. Er kam zur Überzeugung, daß Stifters Romanfigur Witiko den Weg aus dem Dilemma weisen kann. Schuldig wird man nicht, weil man einer bestimmten Nationalität angehört, sondern nur dann, wenn man sich gegen Recht und Würde anderer Menschen vergeht. Einen Lösungsansatz suchte Staffa daher vor allem auf sittlicher Ebene, wobei die Sittengesetze selbstverständlich nicht nur für eine Seite gelten, sondern auch dem Unterlegenen ein Recht geben.

Diese Haltung betrachtet der Witikobund als das Vermächtnis des Verstorbenen, dem er sich stets dankbar verpflichtet fühlen wird.

Interims-Telefonnummer: Der Schriftleiter ist vorübergehend nur unter 06081-9858994 zu erreichen (Anbieterwechsel).

Besuchen Sie bitte Feiern zum Märzgedenken in Ihrer Nähe!

Streiflichter aus Walter Staffas Leben

Ein „patriotischer Jungturner“

Im sudetendeutschen Krisenmonat September 1938 hielt sich der junge Medizinstudent Walter Staffa in Markersdorf, Kreis Sternberg, auf, wo sich seine Eltern nach der Pensionierung des Vaters ein Haus gekauft hatten. Da er bei den Tschechen als „patriotischer Jungturner“ bekannt war, wurde er vorsorglich verhaftet. Was aber wurde ihm zur Last gelegt?

Offizielle Regierungspolitik der Tschechen war die Entgermanisierung Böhmens und Mährens. Das kam dem kulturellen Völkermord an der dort ansässigen deutschen Bevölkerung gleich. In dieser bedrohlichen Lage schritt Konrad Henlein 1928 (nach dem Vorbild des tschechischen Sokol) zu einer mehr volkspolitischen Ausrichtung des Turnens und traf damit den Nerv der Sudetendeutschen. Es ging um die Erhaltung ihrer völkischen Substanz und entsprang dem naturrechtlich gebotenen Selbsterhaltungstrieb. So hat es auch der junge Walter Staffa gesehen. Er gehörte schon als Schüler in Olmütz zu den Jungscharführern und hatte 1934 in Markersdorf während seiner Schulferien eine Gruppe von Jungturnern und eine Mädchenschar ins Leben gerufen. Diese Betätigung brachte ihm im Herbst 1938 die erwähnte Verhaftung ein. Gleich am ersten Tag seiner Gefangenschaft ließ man ihn sein Grab schaufeln, doch ehe es zur Erschießung kam, erschienen vier Offiziere mit einer anderen Order. Die Entlassung erfolgte am 5. Oktober 1938, nachdem die Angliederung des Sudetenlandes schon fast vollzogen war.

Walter Staffa in Prag

Aus den Tagebüchern von Oberstleutnant Großcurth wissen wir vom oft unsensiblen Auftreten der Reichsdeutschen nach der Angliederung des Sudetenlandes. Ähnliche Erfahrungen hat auch der junge Medizinstudent Walter Staffa gemacht. Sie widersprachen seinen Idealen vom Deutschtum so sehr, daß er für mehrere Wochen unter Schock stand und, nach seinen eigenen Angaben, erst wieder im Januar 1939 fähig war, sein Studium fortzusetzen. Auf seine Abschlußprüfungen im Oktober 1941 bereitete er sich nun mit größter Anstrengung und teilweise ohne Rücksicht auf seine Gesundheit vor. Einzige Nebenbeschäftigung war damals die Verwaltung eines Wohnheimes der studentischen Freischar Ramphold Gorenz, der er angehörte. Sie war die stärkste unter den deutschen studentischen Vereinigungen Prags und stand dem Aufbruchkreis nahe. Nach dem Kriege mussten die „Aufbruchleute“ zugeben, Henlein und den Kameradschaftsbund falsch eingeschätzt zu haben, was dann die Voraussetzung war, daß auch Walter Staffa zu den Gründungsmitgliedern des Witikobundes gehören konnte.

Walter Staffa als Truppenarzt

Walter Staffa verbrachte zweieinhalb Jahre an der Ostfront als Truppenarzt. Dabei konnte er meist nur im Schutze der Dunkelheit in die vordersten Kampflinien schleichen, um die Verwundeten zu versorgen oder ins Feldlazarett zu holen. Mehrmals wurde er selbst verwundet, zuletzt nach einer Verschüttung sehr schwer. Nach dreimonatiger Genesungszeit in Wien wurde er erneut an die Front beordert, diesmal zur Teilnahme an der Ardennenoffensive. Einmal musste er bei einem Angriff der Amerikaner acht verwundete Kameraden im Keller eines Hauses zurücklassen. Nach der Rückeroberung des Dorfes kam zum Vorschein, daß die Amerikaner alle acht Kameraden umgebracht hatten. Dieser Mangel an Ritterlichkeit veranlasste seinen Kompaniechef zur Anordnung, künftig ebenfalls keine Gefangenen mehr zu machen. Während des weiteren Kampfes beobachtete Walter Staffa auf der Gegenseite einen amerikanischen Truppenarzt, der unter Einsatz seines Lebens immer wieder verwundete GIs versorgte und in eine schützende Unterkunft schleppte. Dr. Staffa forderte, diese Verwundeten beim Gegenstoß zu schonen, auch um den Unterschied in der Kampfesauffassung deutlich zu machen. Dem wurde stattgegeben, und nach dem Zurückweichen der Amerikaner geleitete Dr. Staffa die verwundeten Amerikaner und deren Arzt in weißbeflaggten Sanitätswagen zur Gegenseite. Beim Abschied tauschten er und der amerikanische Arzt ihre Adressen aus, und der Amerikaner meldete sich nach dem Kriege tatsächlich bei seinem, wie er sagte, „Lebensretter“.

Quellen:

Walter Staffa, Mein Weg durch das 20. Jahrhundert (Biographie), 2003;

Andreas Luh, Der deutsche Turnverband in der Tschechoslowakischen Republik, 1988

Vaclav Havels Ausflug in eine (oft) ethikfreie Zone

(F.Volk)

Am 18. Dezember vorigen Jahres verstarb der frühere Staatspräsident der tschechischen Republik, Vaclav Havel, im Alter von 75 Jahren. Sein Sterbeort war Silberstein/Hrádeck in der Gemeinde Wildschütz/Vlčice, rund sechs Kilometer nordwestlich von Trauteau/Trutnov. Havel hatte sich dort 1967 das von Wenzel Flögel bei der Vertreibung zurückgelassene Bauernhaus zugelegt und als Wochenendhaus genutzt.



Wochenendhaus Havels

In den deutschen und sudetendeutschen Leitmedien erschienen viele ehrende Nachrufe. Der frühere Präsident wurde als „großer Mitteleuropäer“, als „Pionier der Völkerverständigung“, als „das menschliche Antlitz“ unseres Nachbar- und Heimatlandes, als „ungekrönter König der Bürgerlichkeit“ oder als „Vorbild an Moral und Menschlichkeit“ gewürdigt. Dank der modernen Hirnforschung kennen wir zwar die wohltuende Wirkung des Vergessens, denn erst das Vergessen macht unser Leben erträglich. Bei Vaclav Havel scheint man aber etwas über das Ziel hinausgeschossen zu sein.

Havel war Sprössling einer großbürgerlichen Familie, weshalb ihn die Kommunisten vom Besuch weiterführender Schulen ausschlossen. Die Matura legte er aber dennoch ohne Zeitverlust 1954 am Abendgymnasium ab. Nach dem Wehrdienst und einigen Semestern Verkehrswissenschaft wollte er ein geisteswissenschaftliches Studium beginnen, das ihm aber auch verwehrt wurde. So arbeitete er am Theater als Bühnentechniker und trat bald selbst mit eigenen Schauspielen hervor. Während des Prager Frühlings wurde er Vorsitzender des „Klubs unabhängiger Schriftsteller“. Nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen (August 1968) zog er sich in sein Wochenendhaus zurück und arbeitete ein dreiviertel Jahr lang als Hilfsarbeiter in der Brauerei von Trautenau.

Sein oppositionelles Tun brachte ihm insgesamt viereinhalb Jahre Gefängnis ein. Das Angebot des kommunistischen Regimes, in den Westen auszureisen, lehnte er mutig ab. Bei der Charta 77 gehörte er zu den Erstunterzeichnern. 1989 stand er dem Bürgerforum als Vorsitzender vor. Am 29. Dezember 1989 wurde er zum Staatspräsidenten gewählt, und zwar von denselben Parlamentariern, die ihn vorher verfolgen ließen, denn Neuwahlen hatte es bis dahin noch nicht gegeben. Kurios war auch, daß er seinen Amtseid in Ermangelung einer anderen Verfassung auf die kommunistische leistete.

Seine erste Auslandsreise als Politiker führte Havel in die Bundesrepublik. Als politischer Neuling erklärte er die Beneschdekrete für zutiefst unmenschlich und entschuldigte sich für die Vertreibung der Sudetendeutschen. Im vertraulichen Gespräch schlug er der deutschen Regierung die doppelte Staatsbürgerschaft und gewisse vermögensrechtliche Angebote für diese vor. Kanzler Kohl ging nicht darauf ein und dürfte Havel über die Fesseln des Deutschlandvertrages aufgeklärt haben. Den Rest hat dann der Aufschrei der vielen Nutznießer der Beneschdekrete besorgt. So kam es am 10. März 1990 zur Rede in Eger, in der Havel forderte, die Sudetendeutschen mit der Peitsche fortzujagen, wenn sie wiederkehren wollten.

Nach der Unterzeichnung des Deutsch-tschechischen Freundschaftsvertrages sprach Havel am 24. April 1997, nun als „wissender“ Staatsmann, im Deutschen Bundestag. Er dozierte über die „offene Struktur“ des Heimatbegriffes und erging sich darüber in Spekulationen, die wissenschaftlich abwegig und ohne jeden Bezug zur abendländischen Tradition waren. Die erschreckend große Zahl deutscher Opfer schob er mit einem schiefen Vergleich beiseite.

Ziemlich irritierend war 2003 Havels Unterstützung der amerikanischen Irak-Politik. Vielleicht wollte er mit seiner Unterschrift unter das diesbezügliche Dokument nur Madeleine Albright einen Gefallen

machen, denn mit der US-Außenministerin (1997 bis 2001) verband ihn eine enge Freundschaft. Frau Albright nahm noch im Oktober 2011 an der Feier seines 75. Geburtstages teil und hielt wenige



Frau M. Albright am 75. Geburtstag V. Havels

Wochen später im Veitsdom die Leichenrede auf ihn. Man kann aber bezweifeln, daß Havel an der Irak-Politik der USA große Freude gehabt hat, denn zu ihr gehörte auch ein Handelsembargo mit vermuteter Todesfolge für eine halbe Million irakischer Kinder, was Frau Albright allerdings für einen „vertretbaren Preis“ hielt. Präsident Havel hielt Frau Albright auch 1999 im bekannten Gemäldestreit die Treue. Dabei ging es um wertvolle Gemälde einer deutsch-schweizerischen Familie, die sich der Vater Albrights 1945 in Prag angeeignet hatte. Nun sperrte sich die Familie gegen die Rückgabe und berief sich auf die (angeblich erloschenen) Beneschdekrete. Rückendeckung erhielt sie durch eine Prager Regierungsstelle. Präsident Havel war in dieser

Beziehung befangen, denn sein Wochenendhaus war ihm ja auf ähnliche Weise zugefallen. Nur unter Vorbehalt möchte man schließlich zur Kenntnis nehmen, was 2006 in Pohled z Evropy (Bild aus Europa) über die Restitution des umfangreichen Besitzes seines Onkels Milos geschildert wird. Dieser war 1945 wegen Kollaboration mit den Deutschen enteignet worden, doch scheint es dabei einen Interpretationsspielraum gegeben zu haben, der je nach Sichtweise genutzt werden konnte (sh. Richard Kral, Tajemné Havlovy restituuce Pohled z Evropy, 2.3.2006).

Vaclav Havel hat noch kurz vor seinem Ableben einen längeren Essay verfasst, der am 24. Dezember 2011 posthum in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschien. Darin wirbt er für „einfache menschliche Anständigkeit“ und polemisiert gegen „die Kultur (?) der Intrigen, Lügen und des Betrugs“. Solche Worte sind sehr mutig, weil sie auch als Maßstab für die eigene Praxis herangezogen werden können. Offenbar stammen sie aber aus einer anderen Welt, die Havel 1989 vorübergehend für einen Ausflug in die oft „ethikfreie Zone“ der Politik verlassen hat. Dort scheint er nicht immer in der Lage gewesen zu sein, sich gegen gewisse Erscheinungen wehren. Vielleicht entsprang dieser Erfahrung sogar ein Satz, den wir in obenerwähntem Essay lesen und der dann Havels Schlußwort sein könnte: „Das Böse kann nicht beschwichtigt werden, da es in der Natur des Bösen liegt, jede Beschwichtigung für die eigenen Zwecke auszunützen.“ (Siehe V. Havel, „Vom Wert der Freiheit“, FAZ, 24.12.2011, S 7).

Vorstandssitzung in Bad Homburg



Die Vorstandsmitglieder Hörrmann, Volk, Liepold, Schnürch und Kopp (von links) in einer Sitzungspause in Bad Homburg

Der geschäftsführende Vorstand des Witikobundes kam am Samstag, dem 21. Jänner 2012, in Bad Homburg zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen Berichte über die laufenden Geschäfte und die Pläne für das bevorstehende Jahr. Am Sudetendeutschen Tag in Nürnberg wird wieder ein Informationsstand eingerichtet und ein Vortrag angeboten werden. Für das Jahrestreffen ist das Wochenende vom 05. bis 07. Oktober in Hassfurt vorgesehen. Da die vierjährige Amtszeit des Vorstandes abläuft, müssen Neuwahlen stattfinden. Besucher des Jahrestreffens sollten sich rechtzeitig anmelden, damit Engpässe wie im Vorjahr nicht mehr vorkommen. Tel.: 09521-9250, e-Post: info@hotel-goger-augsfeld.de

Zu Beginn der Sitzung würdigte Hans-Ulrich Kopp das Lebenswerk des kürzlich verstorbenen Ehrenvorsitzenden Dr. Walter Staffa. Mit einer ausführlichen Diskussion über die Prag-Reise Horst Seehofers endete die Sitzung am späten Nachmittag.

Auf ein Wort:**"Und wieder war die Vertreibung keine Erwähnung wert"**

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

mit Recht bringt die österreichische SUDETENPOST auf Seite 1 der Folge 12 vom 7. Dezember 2011 unter obigem Titel eine Analyse der zweiten Pragreise Seehofers mit landsmannschaftlicher Begleitung. Manfred Maurer schreibt dazu in dieser Folge: "Deutschland, Bayern, ja sogar die Landsmannschaft in München haben sich praktisch abgefunden mit der Realität der tschechischen Ignoranz gegenüber den Opfern des Nachkriegsvölkermordes." Mit der vorstehenden Einschätzung dieser Reise sieht sich der Witikobund in seiner bisherigen Haltung leider bestätigt. Unseren Kameradinnen und Kameraden seien die Beiträge der SUDETENPOST vom 7. Dezember wärmstens empfohlen. Wir können sie leider

in dieser Folge des Witikobriefes nicht abdrucken. Wir weisen aber schon heute darauf hin, daß uns diese Thematik beim diesjährigen SUDETENDEUTSCHEN TAG in Nürnberg ganz besonders beschäftigen und sich unsere Besorgnis auch in der Witikoveranstaltung widerspiegeln wird.

Mit kameradschaftlichen Grüßen

Euer Roland Schnürch

Kleine Schritte – aber wohin?

Nach der Pragreise Horst Seehofers

Politiker produzieren oft griffige Parolen, um ihre Ziele anzupreisen. Beliebte ist der Satz „Lieber kleine Schritte als große Worte“. Ihn benutzte schon Egon Bahr zur Verteidigung der neuen Ostpolitik. Jetzt wurde er auch von den Sudetendeutschen aufgegriffen, die im Gefolge Horst Seehofers nach Prag reisten (SdZ. 13.1.2012, S. 1). Er ist zweifelsfrei ein guter Marketingspruch, dem man zustimmen könnte, wenn bekannt wäre, wohin diese kleinen Schritte führen sollen. Der Außenstehende hat aber eher den Eindruck, als hätte man vor Reiseantritt vergessen, das Navigationsgerät einzustellen. Welche Idee könnte also hinter den Pragreisen stecken?

Vielleicht hofft man, wie bei der Ostpolitik der siebziger Jahre, auf einen „Wandel durch Annäherung“. Der größte Unterschied zu damals ist aber, daß den Sudetendeutschen ein einflussreicher Fürsprecher fehlt. Denken wir an die Berliner Mauer! Sie wäre nicht gefallen ohne Ronald Reagans Ruf: „Mr. Gorbatschow, tear down this wall!“

Ein neuer Ronald Reagan ist aber nicht in Sicht, und wir haben all diese Thierses, Trittins, Claudia Roths usw. gegen uns. Vielleicht wären aber „kleine Schritte“ auch in deren Richtung sinnvoll! Das sudetendeutsche „Navi“ müsste also noch einmal auf „Wahrheitsvermittlung“ eingestellt werden. Am besten gleich ohne Umwege direkt zu einem heiklen Thema:

Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland müssen erkennen, daß die Sudetendeutschen zweimal für etwas gebüßt haben, wofür sie nicht verantwortlich waren. Einmal für den Imperialismus der Habsburger und dann für eine ähnliche Politik Hitlers. Henlein und sein Kameradschaftsbund wollten zunächst nicht „Heim ins Reich“, sondern strebten lange nur die Autonomie innerhalb der unveränderten CSR-Staatsgrenzen an. In Berlin fürchtete man aber, daß sich die Sudetendeutschen vom deutschen „Volkskörper“ trennen und „verschweizern“ könnten. Hitler und sein Umfeld vereitelten daher den Autonomiewunsch in stiller Komplizenschaft mit Benesch. Ferner führte die Errichtung des Protektorats bei den Sudetendeutschen keineswegs zu einem Ausstoß von Glückshormonen, denn sie wollten nach 20 Jahren CSR mit den Tschechen eigentlich nichts mehr zu tun haben. Ihnen war es daher sehr recht, daß Hacha Hitler gebeten hatte, sie bei der Verwaltung des Protektorats nur begrenzt und allenfalls im zweiten Glied einzusetzen. Die Rache mußten sie allerdings fast ganz alleine erdulden.

Die sudetendeutsche Besuchsdiplomatie heute ist sicherlich gut gemeint. Sie lenkt aber die Blicke allzu sehr nur auf Prag, als läge dort alleine der Schlüssel. Erkenntnisdefizite müssen auch in Deutschland behoben werden. Daran mitzuarbeiten, sind auch unsere parteigebundenen Amtsträger aufgerufen. Wenn sie jedoch meinen, ihren Parteifreunden klare Worte nicht zumuten zu können, mögen sie ihr Amt aufgeben!

(F.Volk)

Telegramm von der Bundesversammlung

Am 4./5.2.2012 konstituierte sich in München die 15. Bundesversammlung der SL. Der Witikobund ist darin mit neun Mitgliedern vertreten, davon zwei aus Österreich. Der Witikobrief wurde sehr zeitnah über die Versammlung informiert und berichtet folgendes: Aus der Rede des Alterspräsidenten, Dr. Schreiber (Adlergebirge/Fulda): Die Bundesstiftung Flucht-Vertreibung-Versöhnung könne man wohlwollend als „Kunststück“, weniger wohlwollend als „Hinterhältigkeit“ bezeichnen. Franz Neubauer habe 1997 die „Versöhnungserklärung“ eine „Verhöhnungserklärung“ genannt. Heute seien die Deutschen die Stabilitätsträger Europas. Lm. Slezak merkte an: Jeder Delegierte der BV vertrete rund 240 Mitglieder. Undurchsichtig sei nur die demokratische Legitimation der fünf Mitglieder der Sudetendeutschen Jugend. Darüber müsse der Hauptausschuß beraten. Neuer Präsident der Bundesversammlung wurde Reinfried Vogler. Sein Vorgänger, Dr. Nowak, will sich künftig der Weiterentwicklung des Landesverbandes Baden-Württemberg widmen und die Mitarbeit in der EUFV intensivieren. Als SL-Sprecher wurde Bernd Posselt wiedergewählt. Er betonte die Bedeutung der politischen Kleinarbeit. So kannte er David Vondracek schon als Studenten. Das von Peter Barton in Prag geleitete Büro habe sich bewährt. Prägend sei, daß rund fünfzig Prozent der Delegierten „Nachgeborene“ seien. Schwache Kreis- und Landesverbände sollten zusammengelegt werden. Bundesvorsitzender wurde erneut Franz Pany. Seine Stellvertreter sind Steffen Hörbler (Heiligenhof), Siegbert Ortmann (SL Hessen/Heimatkreis Mies-Pilsen) und der Witikone Claus Hörmann (SL Sachsen).

Union der Opfer Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG)

Am 15.11.11, hat der Dachverband der SED-Opfer (UOKG) in Kooperation mit der Agentur „ANHALTend“ im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin eine Podiumsdiskussion zum Thema „*Bevor wir uns versöhnen – über das Verhältnis zwischen Tätern und Opfern des SED-Regimes im Jahr 2011*“ veranstaltet.

Podiumsteilnehmer waren die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Ilse Junkermann, der Vorsitzende des Dachverbands, Rainer Wagner, die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Ulrike Poppe sowie Stephan Hilsberg, Bürgerrechtler und MdB a.D. Moderiert wurde die Diskussion von Tobias Lehnert von der Agentur „ANHALTend“.

Der Vorsitzende des Dachverbands, Wagner, zeigte sich mit dem Verlauf der gut besuchten Diskussion zufrieden:

“Eine gelungene Veranstaltung. Trotz Differenzen im Einzelnen gab es doch im Großen und Ganzen einen Konsens. Die Podiumsteilnehmer vertraten in unterschiedlicher Form die Auffassung, dass Vergebung im Einzelfall nötig und möglich sei – auch ohne Einsicht des Täters. Für eine Versöhnung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene gibt es allerdings keinen Nährboden.

Solange die Täter keinerlei Entwicklung zeigen, solange sie nach wie vor ihre Taten verschweigen oder sogar rechtfertigen, ist der Ruf nach Versöhnung letztlich nur der Ruf nach einem Schlussstrich unter die Aufarbeitung. Dafür ist die Zeit aber noch lange nicht reif.“

Von Interesse dürfte in diesem Zusammenhang die Meinung Prof. Ernst Noltes zum Begriff Versöhnung sein:

„Versöhnung“ ist nur dann genuin, wenn beide Seiten Einsicht in das eigene (wenngleich vermutlich sehr unterschiedliche) Verfehlen an den Tag legen und den Willen zu einer gewissen Wiedergutmachung erkennen lassen. Wenn „Versöhnung“ nur darin besteht, daß der unterlegene oder schwächere Teil das Verfehlen und die Schuld ausschließlich auf seiner Seite sieht und allen entsprechenden Konsequenzen zustimmt, dann handelt es sich nicht um „Versöhnung“, sondern um Kapitulation (Ernst Nolte, Späte Reflexionen, S. 142).

Entschädigung für die Donauschwaben!

In Serbien tut sich etwas! Das serbische Parlament hat am 26. September 2011 ein Restitutionsgesetz beschlossen, auf dessen Basis Vermögenswerte, die nach dem 9. März 1945 enteignet wurden, zurückgegeben bzw. entschädigt werden können. Ausgeschlossen waren darin ursprünglich Angehörige der Besatzungsmächte und deren Erben. Doch diese Bestimmung wurde in einer Neufassung des Gesetzes vom 5. Dezember 2011 entschärft. Jetzt hat auch jeder „Besitzer“ Anspruch auf Rehabilitation, es sei denn er wurde einst förmlich als Kriegsverbrecher verurteilt. In diesem Falle ist ein neues Verfahren nötig. Wird dabei seine Unschuld festgestellt, wird auch er rehabilitiert. Die Antragsfrist für die Rehabilitation läuft bis 15. Dezember 2016, die Antragsfrist auf Entschädigung aber nur bis 3. Februar 2014.

Wer rehabilitiert wurde, hat Anspruch auf Bekanntmachung dieser Tatsache im serbischen Amtsblatt. Entzogenes Eigentum wird erstattet oder entschädigt. Entschädigt werden auch Geldstrafen und Verfahrenskosten sowie Freiheitsentzug oder Tod. Bei einer bis zum 3. Februar 2012 zu gründenden serbische „Agentur für Restitution“ können Anträge auf Restitution bzw. Entschädigung gestellt werden. Die erforderlichen Formalitäten werden auf der Webseite des serbischen Finanzministeriums bekannt gegeben. Von da an läuft auch die zweijährige Antragsfrist (nicht zu verwechseln mit der Frist für die Rehabilitation!). Anwaltliche Hilfe wird empfohlen, weshalb bereits eine Liste von serbischen Rechtsanwälten beigefügt wurde. Teilweise sieht das Gesetz auch kostenlosen Rechtsbeistand sowie Befreiung von den Verfahrenskosten vor.

Das Gesetz gilt für Geschädigte in aller Welt, also auch für in Deutschland lebende Donauschwaben. Die Verhandlungen mit Serbien führte aber maßgebend das österreichische Außenministerium. Förderlich war ohne Zweifel der Wunsch Serbiens, in die EU aufgenommen zu werden. Verärgert zeigten sich Vertreter des BdV über deutsche Regierungstellen. Sie haben diese für die Vertriebenen so wichtigen Gesetze überhaupt nicht wahrgenommen, auch nicht in den Pressemitteilungen der deutschen Auslandsvertretungen. Man sei im Internet rein zufällig auf die in Kroatien und Serbien erlassenen Gesetze gestoßen und habe sich die Informationen durch eigene Recherche besorgen müssen.

Kritisch wird das Gesetz von den „historischen Kirchen- und Glaubensgemeinschaften“ gesehen, weil sie im Restitutionsgesetz nicht berücksichtigt wurden. Unmut verursacht auch der Stichtag, denn viele Deutsche wurden schon Ende 1944 wegen angeblicher Kollaboration enteignet.



Rudolf Reimann

Die Vorsitzenden der Landsmannschaft der Donauschwaben in Österreich und Deutschland, Dipl. Ing. Reimann bzw. Dipl. Ing. Supris, ermutigen ihre Mitglieder, die erforderlichen Anträge zu stellen. Freilich ist man sich auch bewusst, daß Serbien ein vom Krieg der 90er Jahre erschöpftes Land ist und unter einer hohen Arbeitslosigkeit leidet. Was Staatsanleihen solcher Gemeinwesen wert sind, könne man leicht erraten.

Immerhin aber scheint Serbien die Zeichen der Zeit in einem zusammenwachsenden Europa erkannt hat. Bleibt nur zu hoffen, daß eines Tages auch aus der Tschechischen Republik über Antragsfristen und Entschädigungen für erlittenes Leid durch Haft oder Tod berichtet werden kann.

(Quelle: Internet)

Manipulierter Nullverkauf

Viele Generationen unserer Vorfahren haben verbissen um die Pressefreiheit gerungen. Daher ist es unglaublich, wie leichtfertig in vielen Fällen heute damit umgegangen wird. So versuchte die Ladenkette „Kaufland“ (verbunden u.a. mit Lidl, Ratio, Schlemmer) im August 2011 patriotische



Faksimile des firmeninternen Rundschreibens

müssen diese Entwicklung daher beobachten, damit eines Tages nicht auch ihre Presseerzeugnisse dem Boykott übereifriger und selbsternannter Zensoren anheimfallen.

Zeitungen zu boykottieren. Nach dem Pressegesetz sind Grossisten und Zeitungshändler gehalten, jede angebotene Zeitung in ihr Sortiment aufzunehmen. Wird bei einer Zeitung jedoch drei Monate hintereinander ein „Nullverkauf“ festgestellt, endet die Belieferung automatisch.

Wie beigefügte Kopie eines firmeninternen Rundschreibens zeigt, hat man nun bei Kaufland den Nullverkauf planmäßig herbeigeführt. Betroffen waren die Blätter „Zuerst“, „Nationalzeitung“ und „Der Landser“. Der Text des internen Rundschreibens lautet in den entscheidenden Passagen:

„Sobald Ihnen ein o.g. Objekt geliefert wird, legen Sie es sofort wieder in die Remikiste des Grossos (=Remittendenkiste des Grossisten, F.V.). Stellen Sie in Ihrem Haus sicher, daß die Titel erst gar nicht in den Verkauf gelangen. Nach 3 monatigem Nullverkauf wird die Belieferung automatisch reguliert bzw. eingestellt.“

Bei den angegriffenen Blättern handelt es sich um vertriebenenfreundliche Organe. Die Vertriebenen

„Bücherentledigung“

Ganz früher hieß es „Bücherverbrennung“, zwischendurch auch einmal Bücherentsorgung“. Jetzt fiel dem tschechischen „Künstler“ Martin Zet die Wortschöpfung „Bücherentledigung“ ein. Seine Idee ist, von den 1,3 Millionen in Deutschland verkauften Exemplaren des Sarrazin-Buches „Deutschland schafft sich ab“ wenigstens 60.000 einzusammeln und sich ihrer dann „zu entledigen“, indem er sie zu Altpapier macht. Über die Bühne gehen wird das Spektakel während der „7. Berlin Biennale“ vom 27. April bis 1. Juli 2012. Zu hoffen ist, daß bei der Aktion der 10. Mai ausgespart wird, denn das war der Tag, an dem man sich vor 79 Jahren unter der Ägide von Joseph Goebbels schon einmal gewisser Bücher entledigt hat.

Wie nicht anders zu erwarten, hat die deutsche Kulturbürokratie das Vorhaben als künstlerisch wertvoll eingestuft und Zuschußgelder bewilligt, die über die Kulturstiftung des Bundes ausgezahlt werden. Als Sammelstelle für die Bücher stellen sich zur Verfügung die „Berlinische Galerie“, das „Haus der Kulturen der Welt“ und das „Bauhaus Dessau“.

Unter dem Vorwand „Kunst“ scheint heute vieles möglich zu sein, sogar eine kaum kaschierte Zensur. Aber gibt es wenigstens eine Ausgewogenheit? Werden demnächst die Schriften von Karl Marx eingesammelt? Weit gefehlt, einen solchen Plan gibt es nicht. Wir haben es mit einer neuen Spielart von „Kampf gegen Rechts“ zu tun, und da ist alles erlaubt. Martin Zet aber hat eine lukrative Einnahmequelle entdeckt, und der deutsche Steuerzahler, der bereits jetzt unter einer Schuldenlast von zwei Billionen Euro stöhnt, wird wieder zahlen.

(Quelle: FAZ, 13.1.2012, S. 29)

Strukturierte Demokratie

In Düsseldorf wurde 1963 das „Haus des Deutschen Ostens“ eröffnet. Im Jahre 1992 wurde es in „Gerhart-Hauptmann-Haus“ umbenannt. Die Vermutung liegt nahe, daß es weniger um den schlesischen Dichter ging als darum, den Begriff „Deutscher Osten“ zu ersetzen. Stalinisten haben früher unliebsame Personen (etwa Trotzki) auf Fotos wegretuschiert. Wie man sieht, die Methoden ändern sich, die Ziele bleiben.

Vor drei Jahren erhielt das Haus mit Herrn Dr. Halder einen neuen Leiter und Geschäftsführer. Dessen Vorstellungen von Vertriebenenarbeit erregten bald Aufsehen. Bei Podiumsveranstaltungen mißtraute er der „Stimme des Volkes“ und ließ aus dem Zuhörerkreis nur vorher schriftlich eingereichte Fragen zu. Sprachschöpferisch begabte Menschen sehen hier Elemente einer „strukturierten“ oder „gelenkten“ Demokratie.



Dr. Halder

Unter den Besuchern des Gerhart-Hauptmann-Hauses gab es jedoch einige, die für diese fortentwickelten Demokratieformen wenig übrig hatten. Sie wagten es, den geladenen, bisweilen sogar ausländischen Referenten auch mal zu widersprechen, wenn die Verdrehungen zu stark waren. Daraufhin erließ Herr Dr. Halder Hausverbote. Einer der Betroffenen, Herr Dr. Hoefs, machte seinem Unmut darüber in einem zynischen Brief an den Hausherrn Luft. Andere protestierten am Eingang zum Gerhart-Hauptmann-Haus mit Plakaten, auf denen Menschen mit Maulkörben abgebildet waren. Unter diesen Demonstranten befand sich auch Frau Ingetraud Jochim aus Danzig, die sogar noch weiter ging. Sie zog vor das Düsseldorfer Verwaltungsgericht, um die Aufhebung des Hausverbots zu erreichen. Die Verhandlung fand am 7. Dezember des vergangenen Jahres statt.

Frau Jochim machte vor dem Gericht geltend, daß ihr nicht zuzumuten sei, Dinge, die sie auf der Flucht selbst erlebt habe, zu verleugnen. Der Geschäftsführer, Dr. Halder, verteidigte seine Hausverbote damit, daß sich die eingeladenen Referenten durch die Beiträge der Zeitzeugen „gestört“ fühlen könnten. Nun wurde Frau Jochim deutlicher. Sie wolle niemanden „stören“, sondern nur über Ereignisse sprechen, die sie selbst erlebt hätte. So sei es einfach nicht wahr, wenn von den eingeladenen Referenten verbreitet würde, die Vertriebenen hätten die Polen mit Waffen in der Hand bedroht und diese hätten sich nur verteidigt. Weder ihre Eltern, noch ihre Nachbarn hätten jemals



Frau Jochim vor den Maulkorb-Plakaten



Man wartet auf den polnischen Botschafter

Waffen besessen. Seit 1919 kam es von polnischer Seite immer wieder zu Gewalttätigkeiten und Gräueltaten gegen die ansässige deutsche Bevölkerung. Es sei nicht wahr, daß Danzig eine polnische Stadt war, sie war zu 97% deutsch. Die Richterin war der Meinung, daß Hausverbote kein geeignetes Mittel für die Wahrheitsfindung sei und hob das Hausverbot auf. Da Herr Dr. Halder der CDU nahe steht, lautete die Parole nach dem Urteil: Demokratie ab sofort auch in der CDU!

Auf Frau Jochim wartet bereit ein weiteres Betätigungsfeld. Der Geschäftsführer ließ aus der Eingangshalle des Gerhart-Hauptmann-Hauses die Tafel mit der Charta der Vertriebenen entfernen und dazu sämtliche an den Namensgeber erinnernde Gegenstände, darunter auch seine Büste. Unter den Vertriebenen bestehen Zweifel, ob er dazu berechtigt war, denn immerhin handelt es sich bei dem Haus um eine Stiftung. Möglich, daß es wieder zu einem juristischen Spektakel kommt.

„Falls Freiheit überhaupt irgendetwas bedeutet, dann bedeutet sie das Recht darauf, den Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen.“

(George Orwell 1903-1950)

Wiener Korporationsball letztmalig in der Wiener Hofburg

Seit 1952 fand jährlich am letzten Freitag im Jänner der Wiener Korporationsball in der Wiener Hofburg statt. Er zog stets knapp 2000 teils hochrangige Gäste an, viele auch aus Deutschland und der Schweiz. Diese Tradition soll jetzt enden. Die Hofburg-Betriebs-GmbH gab dem Druck linker Kräfte nach und will die Räumlichkeiten im Jahre 2013 nicht mehr zur Verfügung stellen. Man lehne jede Form von Extremismus entschieden ab und wolle Organisationen, die die nötige Distanz zu einschlägigem Gedankengut vermissen lassen, keine Bühne geben, wurde erklärt.



Festsaal Wiener Hofburg

Der Veranstalter dagegen betont, daß es sich bei dem Ballereignis um eine völlig unpolitische Tanzveranstaltung handele und es reiner Zufall sei, daß in diesem Jahre der letzte Freitag im Jänner auf den 27., dem Befreiungstag von Auschwitz, falle. Der Betriebs-GmbH wurde Kapitulation vor der grün-anarchistischen Mobbinggesellschaft und Demokratiefeindlichkeit vorgeworfen. Letztlich ginge es um einen Angriff auf bürgerliche Werte.

Wie im Witikobrief 4/2011 berichtet (S. 11 f.), war im Juni 2011 auch München Schauplatz einer solchen Auseinandersetzung, als einer Burschenschaftlichen Gemeinschaft der Zugang zum Sudetendeutschen Haus verwehrt wurde. Dem Trend folgte auch die FDP, denn laut Berliner Zeitung vom 2.12.2011 distanzierte sie sich „mutig“ von der studentischen Gemeinschaft Ghibellinia Prag.

Inzwischen hat der Ball in Wien stattgefunden. Wieder gab es eine Demonstration, die zeitweise sogar die Zufahrt blockiert haben soll. Vereinzelt sollen Ballbesucher auch bespuckt worden sein. Der FPÖ-Politiker Strache erregte Aufsehen, als er Vergleiche mit der Reichskristallnacht und anderen judenfeindlichen Aktionen von früher anstellte.

DNA-Tests beweisen Mord an Sudetendeutschen in Dobrenz/Dobronin

Radio Prag meldete am 26. 1. 2012, daß neun Tote aus dem Massengrab bei Dobrenz bei Iglau als Deutsche, die in Dobrenz und Umgebung gelebt hatten, identifiziert wurden. Möglich war das durch den Vergleich mit DNA-Proben von Verwandten. Der erste von ihnen war der damals 62-jährige Bauer Franz Reznik, dessen Erbgut mit dem seiner heute in Erding bei München lebenden Tochter verglichen werden konnte. Der Sprecher der Hinterbliebenen, Johann Niebler, bestätigte, dass die Polizei bereits die Nachkommen von zwei der Toten informiert habe. Niebler sagte der Nachrichtenagentur dpa, für ihn sei es eine Genugtuung, dass die Ermittlungen zum Ziel geführt haben. Die Hinterbliebenen werden die sterblichen Überreste nun wahrscheinlich auf einem Friedhof in Jihlava/Iglau beisetzen. Sie wollen damit vermutlich einem Streit mit dem kommunistischen Bürgermeister von Dobrenz aus dem Weg gehen. Dieser hatte sich noch am 12.1.2012 im Fernsehen gegen eine Bestattung in seiner Gemeinde ausgesprochen, da er nicht wisse, wer die Toten seien. Auf dem Friedhof sei außerdem zu wenig Platz und man wisse nicht, wie das Grab aussehen solle. Die Kamera zeigte darauf den Friedhof mit recht viel Platz. *(Mitteilung von Frau Najdek)*

***Die Zensur ist das lebendige Eingeständnis der Herrschenden,
daß sie nur verdummte Sklaven treten, aber keine freien Völker regieren können.***

Joh. N. Nestroy

Merkwürdiges bei den tschechischen Genealogen

Seit rund zwei Jahren sind die einst sudetendeutschen Kirchenbücher im Internet einsehbar. Ermöglicht wurde das durch Fördermittel der EU aus Brüssel. Anfangs mussten sich Familienforscher mit Namen und Passwort beim jeweiligen Archiv registrieren lassen. Jetzt genügt es, sich bei Google einfach unter „actapublica“ einzuwählen. Es erscheint ein tschechischer Text als Begrüßungsseite. Klickt man links oben die deutsche Flagge an, wird man auf Deutsch weitergeleitet. Dazu genügt ein Klick auf den einleitenden (nun deutschen) Schriftsatz, und man kommt zur Archivauswahl (Brünn, Prag, Pilsen). Jetzt gibt man den tschechischen Namen des gewünschten Ortes ein und sieht am Bildschirm sofort das Verzeichnis der gewünschten Kirchenbücher. Wegen des Datenschutzes sind die Bücher der letzten rund 130 Jahre noch gesperrt. Die Arbeit ist nicht so bequem wie mit den Originalen, aber doch so ähnlich wie mit dem Mikrofilm. Der Aufbau einer neuen Seite dauert jeweils etwa sieben Sekunden. Das ist soweit ganz erfreulich. Erstaunliches enthält aber der Einführungstext auf der Begrüßungsseite. Die Förderung aus Brüssel sei gerechtfertigt, heißt es da, weil die Vorfahren sehr vieler Menschen in den Kirchenbüchern beiderseits der Staatsgrenzen zu finden seien, und das sei so, weil, man höre und staune, der „Austausch der Bevölkerung in früheren Jahrhunderten“ sehr hoch gewesen sei. Der Verfasser hat es also geschafft, in seinem Text das Wort Vertreibung zu vermeiden, ja sogar einen neuen Euphemismus einzuführen. „Austausch“ klingt wirklich viel sympathischer als Vertreibung. Da fällt es kaum ins Gewicht, daß sich der ganze Text nur auf Österreich bezieht und die nach Deutschland vertriebenen Sudetendeutschen überhaupt nicht erwähnt werden. (F.Volk)

Tschechien muss mehr Haushaltsmittel an Brüssel überweisen

Die Tschechische Republik musste zu Ende des Jahres 2011 fast fünf Milliarden Kronen (200 Mio. Euro) mehr nach Brüssel überweisen als ursprünglich vorgesehen. Grund für die Mehrüberweisung ist die positive Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Allerdings wird das BIP nun auch nach einer neuen Methode berechnet, bei der auch die Erträge der Schattenwirtschaft einbezogen werden. Dazu zählen zum Beispiel der Verkauf von Drogen, Prostitution oder Schwarzarbeit. Zwar gelte dies für die gesamte Europäische Union, so der stellvertretende Finanzminister Jan Gregor. Tschechien treffe es jedoch, gemeinsam mit Finnland, am schlimmsten, ergänzte Gregor. Die Zahlungen der EU-Mitgliedsstaaten an die Zentrale in Brüssel werden in einem mehrjährigen Finanzrahmen für sieben Jahre festgelegt und orientieren sich am Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Mitgliedstaates.

Brüssel kritisiert Tschechien wegen zu vieler Abrechnungsfehler bei EU-Geldern

Tschechien gehört laut der Europäischen Kommission zusammen mit Italien und Spanien zu den Ländern, die bei der Abrechnung von Geldern aus Brüssel am häufigsten Fehler begehen. Dies schreibt das Brüsseler Wochenmagazin „European Voice“ am Donnerstag. Der Haushaltsausschuss des Europäischen Parlamentes wolle deswegen die Minister aller drei Länder vorladen, so das Blatt weiter. Der tschechische Europaabgeordnete Jan Březina glaubt, dass diese Informationen ein schlechtes Licht auf die tschechischen Behörden werfe und vor allem die tschechische Position bei den Verhandlungen über die Kohäsionspolitik für die Jahre 2014 bis 2020 verschlechtere. Dabei gehe es dort um 600 Milliarden Kronen (24 Milliarden Euro), schreibt Březina in einer Presseaussendung. Die Rechnungsprüfer aus Brüssel hatten festgestellt, dass in den Bereichen politische Kohäsion, Energie und Verkehr EU-weit 7,7 Prozent der Förderprojekte fehlerhaft gewesen waren. Laut EU-Steuerkommissar Algirdas Nemeta waren Tschechien, Spanien und Italien zusammen für zwei Drittel der Fehler verantwortlich.

*Die Aushöhlung der Verfassung
gehört zu den Königsdisziplinen eines Politikers.*

Proteste in Ungarn

In Ungarn kann sich die Regierung Orban auf eine Parlamentsmehrheit von 68,1 Prozent stützen. Als sie einige Gesetze beschließen ließ, die ihren Einfluß auf Medien, Justiz und Notenbank stärken sollten, erhoben sich seitens der EU Proteste, die an das Jahr 2000 erinnerten, als Österreich wegen der Regierungsbeteiligung der FPÖ quasi unter Quarantäne gestellt wurde (auch unter Beteiligung Kanzler Schröders!). Jetzt drohte die EU mit dem Entzug finanzieller Hilfen, falls die beanstandeten Gesetze nicht geändert würden.

Gegen diese Drohung gingen am Samstag, dem 21.1.2012, in Budapest zahlreiche Menschen auf die Straße, um der Regierung Orban den Rücken zu stärken. Die ungarische Polizei sprach von 400.000 Demonstranten. Die deutsche Presse wusste, was sie der EU schuldete und zählte nur 100.000. Damit sollte der Unterschied zu einer regierungsfeindlichen Demonstration Anfang Januar vermindert werden, denn an dieser hatten nur 70.000 Menschen teilgenommen.



1956-Tanks/2012-Banks

Die Verärgerung der demonstrierenden Ungarn ließ sich an den Transparenten ablesen. Einige stellten eine Beziehung zum Eingreifen der Sowjets 1956 her und texteten „1956-Tanks, 2012-Banks“. Andere warnten davor, Ungarn zu einer EU-Kolonie herabzustufen.

Doppelmoral der EU

Ungarn ist mit 82 Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukt) hochverschuldet, auch „dank“ unseriöser Haushaltsführung früherer sozialistischer Regierungen. Das ist aber nicht das Problem, denn in Europa sind andere Länder nicht minder hoch verschuldet oder haben, wie Griechenland, sogar Bilanzen gefälscht, um in die EU aufgenommen zu werden. Bei diesen Ländern drückt Brüssel beide Augen zu. Der Unterschied ist aber, daß Ungarn eine weniger „gläubigerorientierte“ Finanzpolitik betreiben möchte und wahrscheinlich auch in seiner Kulturpolitik eine -horribile dictu- eigenständige und traditionsbewusste Linie verfolgt. Sofort wurde daher das übliche Arsenal in Stellung gebracht. Die Vorwürfe lauten: Gefährdung „demokratischer Werte“ oder Verstoß gegen den „Geist der EU“. Vergessen ist, daß die EU-Bürokratie selbst nur über eine denkbar schwache demokratische Legitimation verfügt und der „Geist der EU“ spätestens seit der Aufnahme Tschechiens in die EU stark beschädigt ist.



Die Massen demonstrierten für Viktor Orban

Die Streitpunkte liegen daher auf anderer Ebene und haben gerade mit Demokratie nur bedingt etwas zu tun. Der Konflikt schwelt, kurz gesagt, zwischen nationaler Selbstbestimmung und den Interessen des Finanzsektors. Hauptforderung des letzteren ist eine „unabhängige Zentralbank“ für jedes Land. Wie aber Michael Hudson

aufgezeigt hat (FAZ, 3. 12. 2011, S. 33), hat eine solche wenig mit Demokratie zu tun, denn Staaten, die sich ein solches Institut leisten, überlassen die wichtigsten politischen Entscheidungen (Geld- und Kreditschöpfung) dem demokratisch **nicht** legitimierten Finanzsektor, sprich den Gläubigern! Im schlimmsten Fall erleben wir dann eine Fortsetzung des „Turbokapitalismus“, der oft auch als Kasinokapitalismus mit Kreditvergabe an Hasardeure bezeichnet wird. Wichtig wäre aber, den Finanzsektor wieder enger an die Realwirtschaft zu koppeln und produktive Kapitalinvestitionen zu fördern.

Im Zeitalter der Postdemokratie

Europa hat die Demokratie hervorgebracht. Inzwischen sind seine Staaten aber in das Zeitalter der Postdemokratie abgedriftet (Colin Crouch!). Wahlen finden zwar noch statt, und Minister dürfen Dienstwagen fahren sowie Pensionsansprüche erwerben. Mehr als demokratische Folklore stellen sie jedoch nicht mehr dar, denn das Sagen haben meist Experten und die Beauftragten der Banken. Wir sehen es an Italien und Griechenland, wo Notstandsregierungen jetzt Sparpläne und Reformen festlegen. Das ist zwar effizient, aber nicht unbedingt das, was den Demonstranten von Budapest vorschwebt. Sie wehren sich gegen Entmündigung und Kontrollverlust, wogegen sie unter dem Kommunismus eine Allergie entwickelt haben. Das ist es, was sie auf die Straße treibt.

(F.Volk)

Los von Rom? **Neues Selbstbewusstsein in Südtirol**

Unter dem Eindruck der italienischen Staatskrise regt sich in Südtirol neues Selbstbewusstsein. So haben im Jahre 2011 **Südtiroler Schützenbund (SSB)** und der **Südtiroler Heimatbund (SHB)** eine Reihe von Gedenkveranstaltungen für die ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer unter dem Motto „50 Jahre Feuernacht“, womit die Sprengung von Strommasten gemeint ist, durchgeführt. Daneben gewinnen die Befürworter der Bestrebung „Los von Rom“ immer mehr an Boden. Das war im Jahre 2009 beim Landesfest der Tiroler in Innsbruck noch anders. Als die Südtiroler Schützen auf Transparenten das Selbstbestimmungsrecht forderten, jubelten ihnen zwar Zehntausende von Zuschauern zu, auf der Ehrentribüne sah man aber nur die versteinerten und ablehnenden Gesichter der Politiker. Der italienische Außenminister Frattini soll dem Vernehmen nach Wutausbrüche erlitten haben.

Mit Sicherheit haben zum entspannteren Umgang mit dieser Frage auch die zahlreichen Initiativen und Veranstaltungen der Selbstbestimmungsanhänger beigetragen. Einen lesenswerten Bericht über das Wiederaufleben der Selbstbestimmungsdebatte hat der langjährige Südtirol-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Reinhart Olt, in der Ausgabe vom 16. Dezember 2011 verfaßt:



Banner für die Einheit Tirols

„Die Staatsschuldenkrise in der EU zeitigt Folgen anderer Art, die außerhalb ihres Wirkungsgebiets noch kaum wahrgenommen werden. So gewinnt unterm Brenner eine Diskussion darüber an Breite, ob der Ende des Ersten Weltkriegs von Italien annektierte und diesem im Friedensvertrag von St.-Germain-en-Laye zugeschlagene südliche Landesteil Tirols im Stiefelstaat verbleiben oder seine Zukunft anderswo suchen sollte.... Hinter derartige Forderungen“, nämlich des ‚Los von Rom‘, stellt sich ein großer Teil der - parteipolitisch neutralen - Schützen, jener traditionsreichen Verbände, die in beiden Landesteilen verankert sind und ihre Heimmattreue seit dem Maximilianischen Landlibell von 1511, in welchem die Freiheiten (der Stände) Tirols

kodifiziert wurden, beweisen. Darauf berufen sich eigentlich auch alle Landtagsparteien, außer den italienischen und den „interethnischen“ Grünen in Südtirol. Auch unter der Südtiroler Jugend finden separatistische Anwendungen Gehör und sogar in Verbänden Wirtschaftstreibender wird die Option eines selbstbewussten, eigenständigen „Südtirol außerhalb Italiens“ nicht (mehr) verworfen.“

Akteneinsicht

Seit 2006 gibt es in Deutschland das Informationsfreiheitsgesetz (IFG), das grundsätzlich jedermann Zugang zu amtlichen Dokumenten der Bundesbehörden garantiert. In der Praxis lassen sich die jeweiligen Ämter freilich nur ungern in die Karten blicken. Das hat vor kurzem ein Opfer der sogenannten „Boden- und Industriereform“ in der einstigen Sowjetischen Besatzungszone erfahren. Nachdem der Restitutionswunsch des Betroffenen vor Gericht gescheitert war, wandte er sich an den Petitionsausschuß des Bundestages. Aber auch dieser wies sein Begehren ab. Dabei gab es aber Anhaltspunkte für eine fehlerhafte Beratung des Petitionsausschusses durch das Bundesjustizministerium. Um dies zu klären, bat er um Akteneinsicht. Das Ministerium lehnte ab, weil es sich nicht um einen Verwaltungsakt, sondern um eine „typische Regierungstätigkeit“ handele. Gottlob sah das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig den Fall anders. Es entschied, daß die Akteneinsicht gewährt werden müsse. Fachjuristen sehen bei den Rehabilitationsverfahren Defizite weniger bei den gesetzlichen Vorschriften als in der Gesetzesdurchführung. Dabei sei nicht auszuschließen, daß das Justizministerium die Opfer bewusst „in die Falle“ der Fehlanwendungen laufen lasse oder diese gar durch eigene Fehlleistungen selbst anstoße! (Quelle: J F., 2.12.11, S. 6)

Skoda: Aufstieg und Ende einer Industriellen-Familie

Die Firma Skoda ist weltweit bekannt. Dementsprechend ist auch die Firmengeschichte sehr gut erforscht. Im Gegensatz dazu hielt sich aber das Interesse an der Familiengeschichte der Skodas in Grenzen. Einen wichtigen Beitrag dazu liefert 1993 jedoch die Forschungsgruppe der AEFF (Arbeitsgemeinschaft Egerländer Familienforscher), die zunächst die vorhandene Literatur und vor allem zwei Manuskripte von Mitgliedern der Skoda-Familie auswertete. Das ältere war ein neunzehn Seiten umfassender handschriftlicher Bericht des Landesmedizinalrates Dr. Franz Skoda, des Vaters des Firmengründers. Auf ihm fußte sein Urenkel, Emil von Skoda jr. mit einem maschinenschriftlichen Manuskript von 24 Seiten aus dem Jahre 1920. Franz Skoda fasste seinen Bericht auf deutsch ab, Emil jr. auf tschechisch.

Wie in vielen Familien gibt es auch bei den Skodas eine Familienlegende. Ihr Stammvater sei ein Hirte im Dorfe Dolany, 2 ½ Wegstunden nordöstlich von Pilsen am Ufer der Beraun, gewesen. Er sei bei der Verteidigung seiner Herde von einem Bären getötet worden. Die dankbare Dorfgemeinschaft beschenkte die Witwe mit einer Feldwirtschaft und seine Söhne wurden „Skoda“ genannt, zum Zeichen, daß es um diesen Mann „schade“ ist (*skoda, tsch.=schade*). Der Hof führe heute noch den Namen „u Skodu“. Diese Geschichte trägt reichlich märchenhafte Züge und dürfte, wie die meisten Familienlegenden, ein Phantasieprodukt sein. Dokumentarisch nachweisbar ist die Familie erstmals 1588 und zwar in zwei Linien, von denen der sog. Letkover Zweig zum Firmengründer führt. Letkov ist ein Dorf nahe Dolany und war der Wohnsitz von **Tomas Skoda**, der dort die Chalupe 13 bewohnte. Mit seiner Gattin Margareta Marshal hatte er 12 Kinder, darunter **Jan Vojtech** (1769-1852), den Vater von Franz und den Großvater des Firmengründers Emil. Mit 14 Jahren sollte Jan Vojtech in Chrast Eisengießer oder Hammerschmied werden. Da ihm dafür aber die körperlichen Voraussetzungen fehlten, begann er bei Meister Thalmann die Schlosserlehre. Als Geselle hielt er sich überwiegend in Österreich, und da vor allem in der Steiermark, auf (Eisenerz bei Leoben!), wo er die deutsche Sprache erlernte. Mit fast 30 Jahren kehrte er zurück und ehelichte in Pilsen Anna Smickova (Schmitz?), die Tochter des Pilsner Wassermeisters. Mit ihr hatte er drei Söhne.

Seine Werkstatt hatte Jan Vojtech an der Pilsener Stadtmauer neben dem Sachsentor. Als neben ihm eine Werkstatt frei wurde, konnte er sie mieten und zu einem Wohnstübchen umbauen. Aber auch in der neuen Bleibe hatten die Söhne ihre Schlafstelle nur auf dem an zwei Seiten offenen Dachboden. Bei Frost stieg die Mutter öfter die Leiter hoch, um zu sehen, ob keines der Kinder erfroren sei. **Franz Skoda**, ihr ältester Sohn (geboren 1801), schreibt, daß er erst wieder als Student in Wien in einem Zimmer geschlafen habe.



Dr. med. Franz Skoda

Franz Skoda hat „die Buchstaben“ vom Vater gelernt. Mit sieben Jahren kam er in die Normalschule, wo er zunächst gewisse Sprachschwierigkeiten hatte, denn obwohl sein Vater die deutsche Sprache konnte, war die Umgangssprache zu Hause Tschechisch. Daraus geht auch hervor, daß die Germanisierung der Familie erst mit Franz begann. Die zweite Grammatikklasse mußte Franz wiederholen und hatte das Glück, in der Wiederholungsklasse mit dem Professor Köhler, einem Stift Tepler Praemonstratenser, einen vorzüglichen Lehrer zu bekommen. Von da an gehörte er immer zu den besten Schülern, auch an der Wiener Universität. Seine Schulschwierigkeiten vorher erklärte Franz Skoda mit schlechtem Umgang und Beanspruchung im Haushalt. Franz erhielt von den Eltern nicht die geringste Unterstützung und verdiente sich ein Taschengeld mit Nachhilfeunterricht. Mit 16 Jahren hatte er täglich 4–6 Schüler. Seine eigenen Hausaufgaben erledigte er in den Randstunden, im Winter vor dem Einheizloch des Kachelofens, denn Licht war im Hause des Nagelschmiedes Skoda ein Luxus. Franz Skoda beurteilt daher seine Jugend als keineswegs „glücklich“ oder auch nur „zufriedenstellend“. „Mir war keine Gelegenheit zu gründlichem Unterricht gebothen, als cechischem Knaben war mir jede Gelegenheit abgeschnitten, mit Kindern aus besseren und gebildeteren Häusern umzugehen.“

Im Jahre 1821 legte Franz Skoda am Gymnasium „seine Absolution“ (Matura) mit Auszeichnung ab. Am 9. September brach er zum Medizinstudium in Wien auf. Die Reise ging bis Linz zu Fuß, dann auf einem Floß bis Wien. Um die Beförderungskosten zu sparen, verdingte er sich auf dem Floß als Ruderer.

In Wien war seine wirtschaftliche Lage prekär, bis er von der Fabrikantenfamilie Bischof als Hauslehrer aufgenommen wurde. Nach der Promotion 1826 bildete er sich noch zwei Jahre fort und kehrte 1828 nach Pilsen zurück. Mit seiner Praxis in der Dominikanergasse war er der siebte Arzt in Pilsen. 1829 ehelichte er die wohlhabende Anna Piwetz, die aber 1836 starb. 1839 heiratete er erneut,



Marg. Skoda, geb. Rziha,
die Mutter des Industriellen

und zwar Johanna Margarete Rziha, deren Vater der reichste Bürger Pilsens und der Sprecher der Deutschen war. Ihre Mitgift betrug 100.000 Gulden. Das erste Kind dieser Ehe war Emil, der spätere Industrielle. Margareta Rziha starb 1854 bei der Geburt ihres achten Kindes. Franz Skoda bekennt, daß er „um jeden Preis“ Kreisarzt werden wollte und deshalb zu Sonderleistungen bereit war. So meldete er sich 1830 als junger Ehemann nach Galizien zur Bekämpfung einer Choleraepidemie, der er fast selbst zum Opfer gefallen wäre. 1833 stellte er sich in Pilsen im neuerbauten Städtischen Krankenhaus ehrenamtlich als Primarius zur Verfügung. Später erhielt er dafür 200 Gulden im Jahr.

1848 wurde Franz Skoda als Vertreter Pilsens in den Reichstag nach Kremsier entsandt, wo er sich „sehr für die Aufhebung des Adels“ ausgesprochen hat. Das brachte ihm die Beobachtung durch die Geheimpolizei ein. Da er davon nichts wusste, wunderte er sich bald über den Stillstand seiner Karriere und warf seinem Vorgesetzten, dem Protomedicus von Böhmen, Mißgunst vor. Resigniert führte er das Ausbleiben einer Beförderung auf sein „fehlendes Talent zum Denunzieren“ zurück.

Schließlich wurde Franz Skoda aber doch zum Kreisarzt von Pilsen und Klattau ernannt. Auf die Stelle des Kreisarztes von Eger wurde er im Jahre 1856 berufen. 1865 stieg er zum Landesarzt in Prag auf, was in etwa einem heutigen Gesundheitsminister entsprach. Wegen seiner Verdienste bei der Versorgung der Verwundeten im Krieg gegen die Preußen 1866 wurde er mit dem Orden der Eisernen Krone 3.Klasse und dem erblichen Titel eines Ritters ausgezeichnet.

Am 1.Jänner 1872 ging Franz Skoda in den Ruhestand und übersiedelte nach Wien. Dort musste er sich bald der Pflege seines Bruders Joseph widmen, der 1881 starb. Er selbst verschied 1888.

Emil Ritter von Skoda

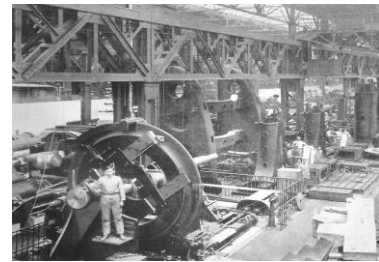


Emil von Skoda mit Gattin
Hermine, geb. Hahnenkamm

Emil Ritter von Skoda, der Industrielle, wurde am 18.11.1839 in Pilsen geboren. Weil sein Vater von 1856 bis 1865 Kreisarzt in Eger war, behaupten viele Egerländer, sein Geburtsort sei Eger gewesen. Der Geburtseintrag in Pilsen widerlegt diese Behauptung aber eindeutig. Die Matura legte Emil vermutlich in Prag ab und studierte anschließend an der Deutschen Technischen Hochschule in Prag und an der Technischen Hochschule in Karlsruhe.

Seine ersten Berufserfahrungen sammelte er in deutschen Werken. Bei Ausbruch des Krieges gegen Preußen war er Oberingenieur in Bremerhaven und musste als „feindlicher Ausländer“ in seine Heimat zurückkehren. Dort übernahm er die Leitung der Waldsteinschen Reparaturwerkstatt, die er am 12.6.1869 vor allem vom reichen Erbe seiner Mutter käuflich erwarb. Später unterstützte ihn auch sein Onkel Joseph, der als Medizinprofessor in Wien zu Weltruhm gekommen war, nachdem er die Percussionsmethode zur Diagnose von Brustkrankheiten perfektioniert hatte. Kapital floß ihm auch durch die Eheschließung mit Hermine Hahnenkamm, einer wohlhabenden Pilsner Bürgerstochter, zu. Deren Vorfahren waren als Inhaber einer europaweit tätigen Spedition mit 200 Pferden zu Reichtum gekommen. Ihr Stammhaus war das frühere Hotel „Weiße Rose“ rechts neben dem Rathaus. Der Ehe entsprossen vier Kinder: Josefina (1872-1936), Johanna (1874), Hermine (1876) und Carl (1878-1929).

Die Firma Skoda war zunächst erfolgreich mit der Herstellung ziviler Anlagen. Die Belegschaft des Werkes stieg bis zur Jahrhundertwende von 33 auf 40211. Widerwillig fügte sich ihr Inhaber dem Druck aus Wien, die Waffenproduktion aufzunehmen. Die dafür angeschafften Maschinen blieben, wie Skoda befürchtet hatte, unrentabel. Emil von Skoda war dadurch gezwungen, die Firma 1899 in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Nach seinem Tode ein Jahr später verfügte sein Sohn Carl über die Aktienmehrheit. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es zur



Großschmiede bei Skoda

Tschechisierung der Firma. Die Regierung untersagte Carl von Skoda jede wirtschaftliche Tätigkeit in der CSR, so daß diesem nichts anderes übrig blieb, als das Aktienpaket (unter Wert) an tschechische Banken zu verkaufen. Seinen Wohnsitz nahm Carl in Zürich. In Pilsen blieben seine Schwester Johanna und sein Sohn Emil jr. Johanna bewohnte das Skoda-Palais in der Klattauer Straße und Emil besaß das Schloß Zinkau, etwa sechs Kilometer westlich von Nepomuk in Westböhmen.

Die nationale Zugehörigkeit der Familie Skoda

Die Germanisierung der Familie Skoda, begann mit Franz Skoda, dem Vater des Industriellen. Er machte eine Beamtenkarriere im Kaiserstaat und ehelichte in zweiter Ehe die Deutsche Margareta Rziha. Von seinem Sohn Emil berichtet die 1990 erschienene tschechische Firmengeschichte etwas nebulös, daß er „häufig Gast in deutscher Gesellschaft“ und mit „seinem Familienkreis“ der „deutschen Umwelt verbunden“ gewesen sei. Da Emil Ritter von Skoda aber die tschechische Sprache nur unvollkommen beherrschte, war er selbstverständlich nicht nur Gast, sondern Teil, wenn nicht gar Mittelpunkt der deutschen Gesellschaft Pilsens. Der Pilsner Tagespresse kann man auch entnehmen, daß er Mitglied im Pilsner Gesellschaftsverein „Schlaraffia“ war und seine Kinder am Vereinsleben deutscher Vereine teilnahmen. Bei seinem Tod 1900, ergriff Trauer „vor allem den deutschen Teil der Stadt.“ Bei den tschechischen Zeitungen „Nase snaha“ und „Nova doba“ war er sogar Unperson, denn sie erwähnten sein Begräbnis mit keinem Wort! Als die Presse 1939 beim 100. Geburtstag Emil von Skodas auf den tschechischen Ursprung der Familie hinwies, widersprach Emils Tochter Johanna (Jenny) in einem Leserbrief heftig und betonte den deutschen Charakter der „gesamten Familie“. Diese Einstellung hatte, wie im Folgenden gezeigt wird, für einige ihrer Angehörigen freilich schwerwiegendste Folgen.

Die Auflösung der Familie



Schloß Pollerskirchen

Der Industrielle hatte vier Kinder, von denen aber nur Johanna und Carl (je drei) Kinder hatten. Johanna (verehelichte Wessely) wurde nach dem Kriege enteignet und durfte in ihrem eigenen Schloß zu Pollerskirchen (Usobi, an der böhmisch-mährischen Grenze) nur einen kleinen Raum benutzen. Immerhin befand sich am Ort auch ihre Tochter Hermanna, die mit dem Uhrmacher Fait verheiratet war. Hermanna hatte noch zwei Brüder mit Namen Emil und Richard. Emil starb 1947 in Graz und Richard versuchte nach der Vertreibung in Kordingen bei Wallsrode, eine Kunstblumenfabrik ins Leben zu rufen.

Die Kinder Carls (1878-1929) waren Karl, Emil und Hedda. Hedda war promovierte Juristin und lebte in der Schweiz. 1985 starb sie unverehelicht und kinderlos in Südfrankreich. Ein tragisches Schicksal ereilte ihre beiden Brüder. Karl hatte in Oxford studiert und kam, wie sein Cousin Richard im Heimatbrief Mies-Pilsen (Mai 1951) mitteilte, in einem Prager Gefängnis ums Leben. Emil, sein jüngerer Bruder, war während des Krieges bei der deutschen Wehrmacht und diente in der Panzerkaserne Prag als Dolmetscher. Nach dem Kriege lebte er, zunächst unbehelligt, auf seinem westböhmisches Schloß Zinkau. Als aber die Amerikaner Westböhmen verließen, wurde er sofort verhaftet und nach einem Zwischenspiel in Tabor ins Kreisgefängnis von Pilsen gebracht. Dort erlag er brutalen Mißhandlungen. Für jede der genannten Stationen gab es nach dem Kriege sudetendeutsche Mithäftlinge als Augenzeugen, für sein Ende sogar ein schriftliches Dossier. Damit ist die Familie des Großindustriellen im Mannesstamm erloschen.

Quelle: Jahrbuch Mies-Pilsen 1993, S. 84-94, dort auch eine genaue Literaturübersicht!

Das Dictum des 21. Jahrhunderts: Du sollst nicht vergessen!

von Prof. E. E. Korkisch

Es erhebt sich die Frage, warum wir Vergangenes nicht ruhen lassen. Sie wird gerade Vertriebenen, die verlust- und opferreiches Verlassen ihrer Heimat beklagen, immer wieder gestellt: Um des Friedens willen, seid doch endlich still! Aber dies darf keine Einbahnstraße sein. Es gab im Verlauf der Menschheitsgeschichte viel verdammenswertes Handeln.

Es gehört zum Urverhalten des Menschen, bei erkennbaren Unterschieden zur eigenen Position Vorteile wahrzunehmen. Das daraus resultierende Konkurrenzverhalten führt zu Aggression, wenn das erwartete Ergebnis zu lange auf sich warten läßt; folgende Übergriffe müssen dann bereinigt und wiedergutmacht werden. Allseits akzeptiert, kann Neues beginnen.

Aus der Geschichte ist erkennbar, daß immer wieder Neuanfänge dadurch ermöglicht werden, indem die moralische Qualität der Racheüberwindung durch die kollektive Übereinkunft des Vergessens höher geschätzt wurde, als das Aufrechterhalten und Geltendmachen der Erinnerung, die den Effekt gegnerischen Denkens, so auch Bereitschaft zu künftigem aggressivem Verhalten in sich birgt. Der Sinn eines gerechten Friedensschlusses ist der Abbau von Gegnerschaft und erreicht damit moralische Qualität.

Diesen Zusammenhang erkannten die antiken griechischen Philosophen schon im 5. Jahrhundert. Erste überlieferte Auswirkung war die sogenannte „Attische Amnestie“ 403 v. Chr., die dem dreißigjährigen Bürgerkrieg zwischen Sparta und Athen ein Ende setzte. Das Wort „Amnestie“ bedeutet im Griechischen „Nicht erinnern“ und hat das erklärte Ziel, alle vorgefallenen Greuel zum Zweck eines Neuanfangs zu vergessen. Die barbarischen Zeiten werden als überwunden erklärt, um als Ziel menschwürdiges Handeln wahrnehmen zu können.

Auch die neuere abendländische Geschichte zeigt, wie nach Kriegsgreueln der Friedensschluß ein Vergessen postuliert, so 1648 in Münster nach dreißig Jahren Krieg der europäischen Zentralmächte. Das Wissen um die Untaten der französischen Revolution und das europäische Chaos der napoleonischen Kriege wurde 1814 von Heinrich XVIII. mit einer liberalen Verfassung und dem Verbot des Erinnerns begegnet, „um die Kette der Zeiten neu zu knüpfen“, obwohl sein eigener Bruder als König der Franzosen der Guillotine zum Opfer gefallen war. Goethe hat in seinem Weltepos den schuldig gewordenen, dem Teufel verfallenen Faust, in der Einleitung des Zweiten Teils im Schlaf des Vergessens als gewandelten neuen Menschen erhöht, der durch ehrliches Streben Erlösung erfährt. „Zu allen Zeiten erschien den Menschen das Vergessenkönnen wichtig als moralische Leistung, welche die Kette des Unheils durchbricht“. (R. Burger, Im Namen der Geschichte - Vom Mißbrauch der historischen Vernunft, Springe 2007).

Einen Bruch dieses Denkens bedeutet der Leitspruch am Ende des 1871-er Krieges in Frankreich. Der als Erniedrigung empfundene Friedensschluß in Versailles war als Losung in der französischen Lehrerschaft umgesetzt: „Immer daran denken!“ Das zweite Versailles von 1918/19 hatte den entsprechenden Vergeltungscharakter, der wiederum zu 1945 führte. Nun aber hat das barbarische Denken voll Einzug gehalten, das mit dem „Du sollst nicht vergessen“ ein quasi 11. Gebot kreiert hat. Nun wird es heißen:

„Wer die Geschichte vergißt, ist dazu verurteilt, sie zu wiederholen!“

Die Geschichte der heutigen modernen Kriege und Vertreibungen spricht dagegen eine gänzlich andere Sprache. Dabei wird die bisher größte Vertreibung von 15 Millionen Deutschen politisch verdrängt und die Schuldfrage dafür allein den Deutschen angelastet. Die Völkerrechtsverstöße der übrigen Beteiligten werden einseitig dem Vergessen überantwortet und ein Friedensvertrag ausgesetzt.

Viele Kriege folgen. Eine solche Behandlung zeigt die Doppelbödigkeit und die politische Zweckklüge, wenn vom „Nicht vergessen“ gesprochen und danach vorgegangen wird.

Mit dem Absterben einer Erlebnisgeneration werden diese Einseitigkeiten potenziert, sodaß aller Unrat auf zahlungswilliger Seite abgelagert werden kann. So verbreitet u.a. die Medienmacht die Wehrmacht als Mörderbande, die nach Kriegsende vom Gegner noch als disziplinierteste Truppe unter den Kriegführenden bewertet war. Die systematische Zerstörung der Zivilstädte gilt nun für Deutsche als selbstverschuldetes Opfer, deren Opferzahl unter Ausschaltung der Zeitzeugen minimiert werden kann (siehe Dresden). Was ständig für ein Millionenpublikum wiederholt wird, ist schließlich Glaubensgrundlage und die großherzige weitschauende Charta der Vertriebenen vom 5. August 1950 kann verspottet werden. Was bleibt also für die Zeugengeneration, so lange sie noch handlungsfähig ist, übrig, als selbst das „Nicht vergessen“ ernst zu nehmen und den Auftrag von Art. 8 des „Genfer Abkommens zum Schutz von Zivilpersonen vom 12. August 1949“ (das auch Polen und die Tschechoslowakei unterzeichnet haben), zu beachten und zu vertreten:

„Die geschützten Personen können in keinem Falle, weder teilweise noch vollständig auf die Rechte verzichten, die ihnen das vorliegende Abkommen verleihen“. Diese Rechte finden sich bereits im „Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges vom 18. Oktober 1907 (IV. Haager Abkommen von 1907)“.

Als Ergebnis: Das praktizierte Dictum des XX. Jahrhunderts darf uns nicht untätig sehen, denn Unrecht, Kriegsgreuel und Vertreibung finden trotz oder gerade wegen dem „Nicht vergessen“ willige barbarische Nachfolge.

Neues von der EUFV

Die EUFV (Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen) befindet sich in einer Phase der Konsolidierung. Ihren inzwischen gestiegenen Mitgliederstand findet man im Internet unter <http://www.ueese.eu/de/members.php> und den Stand ihrer Akkreditierungen bei Mitgliederstaaten der EU und großen europäischen und internationalen Organisationen unter <http://www.ueese.eu/de/news.php>.

Als signifikantestes Ergebnis der letzten Zeit ist die **Zusammenarbeit mit Armenien** zu bezeichnen. Vom 23.–27. April 2011 stattete der Generalsekretär, Dr. Massimiliano Lacota, in Begleitung des Leiters des Exekutivbüros des Generalsekretariats Enrico Neami auf Einladung der armenischen Regierung einen offiziellen Besuch in der armenischen Hauptstadt Eriwan ab und unterzeichnete mit der Noravank-Stiftung in Anwesenheit des Ministers für die Diaspora und des italienischen Botschafters ein Protokoll über die kulturelle und diplomatische Zusammenarbeit zwischen der Republik Armenien und der EUFV. (Näheres unter http://www.ueese.eu/de/news.php?id_news=236&icursor=1).

Als bedeutendste Folge der Akkreditierung bei den großen internationalen Organisationen wurde die EUFV als Partner des Büros für Demokratische Einrichtungen und Menschenrechte ODIHR der OSCE/OSZE (Organisation für die Sicherheit und die Zusammenarbeit in Europa) anerkannt und erhielt einen **ständigen Sitz bei den Tagungen der OSCE/OSZE** in Wien.

Ein nachhaltiges Engagement im Rahmen europäischer, institutioneller Aktivitäten war die Teilnahme des Generalsekretärs an dem während der polnischen Ratspräsidentschaft veranstalteten 1. Forum des kulturellen Erbes Mitteleuropas. Die Beratungen einer Expertengruppe der Visegrád-Staaten (V4: Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) und Mitteleuropas in **Krakau** endeten in der bedeutsamen Schlusserklärung und der Erkenntnis der V4-Staaten, dass ihr gemeinsames kulturelles Erbe eine entscheidende Rolle in ihren Gesellschaften spielt und der Schutz und der Erhalt dieser Kulturgüter eine stärkere Zusammenarbeit mit den Staaten Mitteleuropas erfordert.

Einen bedeutsamen Fortschritt für die Bemühungen Dr. Lacotas um die **Schaffung einer Europäischen Vertriebenenkommission** konnte während des EU-Ministerrats für Inneres und Justiz am 9. und 10. Juni 2011 in Luxemburg über die Verbrechen totalitärer Regime in Europa verzeichnet werden. So wird unter Punkt 11 der Abschlusserklärung auf die Notwendigkeit der Einrichtung eines spezifischen Instruments hingewiesen.

Wichtige Veranstaltungen sind für den **10. Februar 2012** in Vorbereitung. An dem alljährlichen **Gedenktag der Vertreibung der Italiener** aus Istrien, Dalmatien und dem Quarnero nimmt im Rahmen des mit Armenien unterzeichneten Kooperationsprotokolls der **armenische Minister für die Diaspora Hranoush Hakobyan** teil. Neben dem Gedenken an die italienischen Opfer der Vertreibung wird deshalb der Völkermord an den Armeniern ein Schwerpunkt der Veranstaltung sein, zu der zahlreiche ausländische Gäste aus Politik und Vertriebenenorganisationen geladen werden.

In unzähligen Gesprächen mit Diplomaten, Botschaftern und Regierungsvertretern und als aktiver Teilnehmer an einschlägigen Tagungen und Beratungen konnte Dr. Lacota bei Regierungen und europäischen Institutionen bereits das Bewusstsein verankern, dass die Verbrechen der Vertreibungen einer Aufarbeitung auf europäischer Ebene bedürfen.

Die Statuten der **Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen**, die gesetzesgemäß notariell hinterlegt sind, wurden **bereits 800 Mal angefordert**. Die EUFV ist nicht nur in Europa eine Konstante, die in den vier Jahren ihres Bestehens Anerkennung und Bedeutung erlangt hat.

Die Arbeit der EUFV ist aber auch auf den Beitrag jedes Einzelnen von uns Vertriebenen in den unterschiedlichen Gremien und auf den unterschiedlichen Ebenen angewiesen. Daher fordert die Leitung der EUFV zur Weiterleitung der Informationen Vertriebenenvertreter, Politik und Presse auf.

(Berichtet von Frau Isa Engelmann, Verona-Reichenberg)

Sieg der Vernunft in Bulgarien

In Bulgarien gab es bis 1989 eine türkische Minderheit von rund einer Million Menschen. Das kommunistische Regime hat damals aber rund ein Drittel davon des Landes verwiesen. Wer blieb, und das waren rund 600.000, wurde gewaltsam assimiliert. Es war Pflicht, einen bulgarischen Namen anzunehmen und Bulgarisch zu sprechen. Der Gebrauch der Muttersprache in der Öffentlichkeit war untersagt. Mitte Januar 2012 hat das bulgarische Parlament nun diese „ethnische Säuberung“ als Verbrechen verurteilt. Die Partei der bulgarischen Türken nannte diese Entwicklung „eine Quelle des Optimismus“.

Das bulgarische Parlament zeigte sich in einem weiteren Punkt türkeifreundlich, als es einen Antrag auf Anerkennung des Massakers an den Armeniern als Völkermord verwarf. Zu recht wurde vorgetragen, daß geschichtliche Wahrheiten nicht von Parlamenten festgelegt werden könnten. Nach der Restitutionsgesetzgebung in Serbien kehrte jetzt offensichtlich auch in Bulgarien die Vernunft ein. Wie lange wird es noch dauern, bis das Gleiche auch in tschechischen Köpfen abläuft?
(Quelle: FAZ, 14.1.2012)



Richtigstellung

Im Witikobrief 4/11 (November 2011) wird unser Sprecher, Bernd Posselt, als Doktorand an der Maximilians-Universität München bezeichnet. Dies ist unrichtig und beruht auf einer Verwechslung mit einem Münchner Bürger gleichen Namens.

Der Witikobrief bedauert diesen Irrtum und bittet um Entschuldigung.

„Krystlik II“ ist erschienen!

Buchbesprechung von Ernst Korn:

Tomáš Krystlík, *Verschwiegene Geschichte* – Zamlčené dejiny, 1918-1938-1948-1968, Bd. II, ISBN 978-3-9812414-9-5. Bezug bei Sudetendt. Mediendienst, im Heimatkreis Mies-Pilsen e.V., Postf. 127, 91542 Dinkelsbühl, Preis: 15,80 €

Der Band II bedeutet eine schlüssige Fortführung der in Band I begonnenen Argumentation zur tschechischen Historiographie. Er löst Fakten aus der „Verschwiegenheit“ und kann geschichtliche Lücken zuverlässig schließen. In trefflich gerundeten Kapiteln legt der Autor Mythen und Legenden sowie politisch-propagandistisch bedingte Fragwürdigkeiten offen. Des Öfteren ergeben sich neue Einsichten, z.B. bei der Siedlungsgeschichte, der Bewertung der Hussitenbewegung, über das Leben des Johannes von Nepomuk oder den entscheidenden Einfluss Herders auf das tschechische Selbstverständnis.

Die Betrachtungen reichen von den durch die Religion bestimmten Ursprüngen über die Wanderbewegungen nach Böhmen und die nach deutschem Recht entstandenen Städte bis zur Universitätsgründung sowie zu Gedanken über das Zusammenleben der Volksstämme. Dabei wird die Rolle der Mythen ebenso deutlich wie die irrigen Aussagen zur sog. nationalen Wiedergeburt, die sich nahezu als Glaubensdogmen manifestieren. Dazu zählen die Heroisierung des Slawentums, die Negierung des Zusammenhangs zwischen „Slawen“ und „Sklaven“, die offensichtlichen Fälschungen der Königinhofer bzw. Grünberger Handschriften. Erstaunlich auch die Beurteilung der dadurch beeinflussten Nationbildung, des Panlawismus und vor allem der dabei wirkenden Persönlichkeiten, wie Palacký als „Vater der Nation“ oder der zwiespältige Tomáš Masaryk mit seinen zentralistischen Neigungen, der geförderten Dominanz des sog. Staatsvolks und der desaströsen Politik gegenüber den Deutschen als größter nationalen Minderheit in Europa. Ob deren Nichtbeteiligung an der Vorbereitung der Verfassung, ihrer umfassenden Diskriminierung, konnte Emanuel Chalupný von Masaryk als einem „selbstgefälligen Dämon“ (S.32) sprechen. Zum Hauptvertreter tschechischer Sehnsucht nach Vernichtung des böhmischen Deutschtums sollte Eduard Beneš werden, dessen politisches Prinzip offenbar Lüge und Täuschung waren, sei es bei der Friedenskonferenz nach dem Ersten Weltkrieg (Memorandum III), der Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für Deutsche, der Gegnerschaft zur Kirche u.v.a.m., auch wenn die Existenz der tschechoslowakischen Kunsnation schon lange nicht mehr begründbar war.

Krystlík zeichnet die Schritte auf die Ereignisse von 1938 hin genau nach, verurteilt die Ablehnung selbstverständlicher Forderungen der Deutschen nach elementaren Rechten ebenso wie das Festhalten an verfälschten Geschichtsdarstellungen. Alle politischen Maßnahmen dienten der Absicht, die Deutschen zu entrechten und alsbald aus dem Lande zu schaffen, weshalb für deren spätere Vertreibung auch die satanischsten Mittel gerechtfertigt schienen. Nach solchen Prämissen war eine Auseinandersetzung mit dem „fait accompli“, dem Genozid und seinen Verbrechen bis heute unnötig, wohl auch in den Augen der „EU-Wertegemeinschaft“. Der uralte Traum nach größtmöglicher Ausdehnung tschechischen Territoriums sollte sich – wie schon zur Zeit des Ersten Weltkriegs in Kuffners Werk „Unser Staat und der Weltfrieden“ überdeutlich angestrebt – nach dem 2. Weltkrieg über die sog. „historischen Grenzen“ Böhmens hinaus verwirklichen lassen. Für die Deutschen wäre danach ein kleines Reservat verblieben, der tschechische Staat hätte in Europa dominiert, da er die größten Anteile bis Berlin, Wien, Regensburg, Passau u.a. erhalten hätte. Es mag ein besonderes Lesevergnügen bedeuten, zu erfahren wie Beneš und sein Anhang am „Germania esse delendam“ (Deutschland muss vernichtet werden) arbeiteten. Dazu wurden alle Fälschungen und Lügen auch gegenüber den Siegern eingesetzt, desgleichen die stete Benachteiligung der Deutschen durch Sprach-, Schul-, Wirtschafts- und Industriepolitik, ihr Ausschluss aus Ämtern, aus dem Großgrundbesitz u.a. verstärkt; denn: „Ganz Böhmen mit all seinen Rechten gehört uns“ war Staatsmaxime geworden. Der Autor weist auf die Desintegration der Siedlungsgebiete hin, wenn er u.a. den geförderten Zustrom tschechischer Siedler in deutsches Gebiet, die Zerstörung deutscher Gedenkstätten, die Besetzung der Beamtenstellen ausschließlich mit Tschechen, die Manipulationen der Volkszählungen und die Modifikation der Gemeindegrenzen erwähnt. Von einer „Höheren Schweiz“ konnte zu keiner Zeit die Rede sein. Das Protektorat findet in dem Buch eine im Ganzen positive Beurteilung. Mit seinen Lebensverhältnissen galt es gar als „Schaufenster des besetzten Europa“. Dennoch blieb der Hass auf alles Deutsche.

Dass Krystlík den Ursachen und dem Verlauf der brutalen Vertreibung mehrere Seiten einräumt, versteht sich von selbst. Es ist die Rede von den vielen frühen Versuchen, den Deutschen ein möglichst grausames Ende in Böhmen zu bereiten. Die Rolle der Sowjets in der Vertreibungschronologie wird angesprochen, auch die Teufeleien Beneš', die Mordaufrufe von Exilpolitikern. Damit hatten sich die humanen Alliierten offenbar abgefunden. Im Volk haben viele die Scheußlichkeiten begrüßt oder sind ihnen gegenüber gleichgültig geblieben. Die sudetendeutschen Opfer etwa rechnet man immer mehr herunter, die tschechischen erreichen Höchstzahlen. Viele der genannten Erscheinungen seien aus dem tschechischen Volkscharakter zu erklären. Danach verstünden sich die Tschechen als „Nabel der Welt“. Sich mit fremden Federn zu schmücken und ihr Land in allem vorbildlich zu finden, gilt nicht als verwerflich. Dies bewahre davor, als Verräter zu gelten. Als besonderer Wesenszug zähle der Neid, gepaart mit Minderwertigkeitskomplexen. Im Ganzen aber sah und sehe das Volk im „Herzen Europas“ den Sinn seiner Geschichte im Kampf gegen das Deutschtum, wie dies nicht nur latent in Schulen, Literatur sowie politischer Manifestation fortwirke. Ein ausführliches Literaturverzeichnis ermöglicht es dem Leser, noch tiefer in die schiere Rätselhaftigkeit des deutsch-tschechischen Daseinsverhältnisses vorzudringen und neue Erkenntnisse zu gewinnen.

**Buchempfehlung:**

In dieser Dokumentation wird nachgewiesen – ohne die deutsche Mitschuld am Zweiten Weltkrieg in Frage zu stellen –, dass beide Kriege und ihre Folgen nicht nur auf den Vernichtungswillen aller West- und Ost-Alliierten zurückgehen, sondern auch auf die politischen Intrigen der Chauvinisten Kramasch, Masaryk und Benesch. Sie haben es nachweislich zu verantworten, dass nach 1918 die k.u.k.-Monarchie zerschlagen wurde, der damals zweitgrößte Wirtschaftsraum mit 16 Nationen und einer einheitlichen Verkehrssprache und Kultur. Stattdessen entstanden viele, kaum lebensfähige Kleinstaaten mit vielen ethnischen Minderheiten, die brutal unterdrückt wurden. Ganz besonders in der Tschechoslowakei, in der Millionen Deutsche als zweitklassige Bewohner behandelt wurden, die es mit allen Mitteln zu entgermanisieren oder zu vertreiben galt. 443 Seiten, fester Einband, bebildert, **Preis 24,80 €**.

Bezug durch den Sudetendeutschen Mediendienst, Heimatkreis Mies-Pilsen e.V.,

Postfach 127, 91542 Dinkelsbühl, Tel. 09851/53003.

Memento Dresden

13./15. Februar 1945

Dresden stirbt im vierfachen Bombeninferno

Historikerkommission lehnt Zeitzeugen als einseitig traumatisiert ab!

Aus ca. 250 000 Opfern werden 25 000 !!!

„WIEVIELE • STARBEN? WER • KENNT • DIE • ZAHL?“

Kurt Vonnegut jr., amerikanischer Schriftsteller, als Kriegsgefangener Augenzeuge des Geschehens, im *SPIEGEL* 6/2006, S. 159: "Die Zerstörung Dresdens war das größte Massaker der europäischen Geschichte ..."

Der britische Zeithistoriker Alexander KcKee spricht in der Tageszeitung *DIE WELT* am 25.1.2005 von Dresden als das "deutsche Hiroshima". In seinem Buch "Dresden 1945" bezieht er sich u.a. auf eine Vielzahl von Augenzeugenberichten.

Genau deren Inhalte werden von der 2004 eingesetzten Historikerkommission als wissenschaftlich unzuverlässig abgelehnt, da nur dokumentarische Quellen akzeptiert werden. Die Totalzerstörung der Stadt in vier hintereinander erfolgten Massenbombardierungen hatte angesichts der Unzahl von Opfern der beiden nächtlichen Feuersturmangriffe schon am Morgen des 14.2.1945 Einäscherungen zur Verhinderung der Seuchengefahr zur Folge.

Das können daher nur Augenzeugen aussagen, da allein die letzten Verbrennungen der Verwesenden am Altmarkt ab 21.2. bis 5.3.1945 dokumentiert sind.

Die im Dresdner Stadtmuseum noch vor 1989 gesammelten Schmelzen von Materialien mit Schmelzpunkt bis 2000 Grad weisen auf die nicht mehr registrierbaren, veraschten Menschenopfer des Bombardements hin (Kremierungstemperatur liegt bei ca. 800 Grad).

Die Bekanntgabe: "Gesamt-Totenzahl bis zu 25 000" ist eine wissenschaftlich nicht haltbare Fixierung, da der übergroße, nicht mehr nachweisbare Anteil der vielen Brandopfer entgegen wissenschaftlicher Redlichkeit übergangen wird. Dies stellt gröblichste Mißachtung der Würde der Opfer dar.

Von den Zeitzeugen ist zu erwarten, daß das verfälschende, menschenverachtende Ergebnis nicht hingenommen wird!

**ALLEN TOTEN
UND DEN NAMENLOSEN BRANDOPFERN DRESDENS
ZUM GEDENKEN**

E.E. Korkisch, ehem. Kreuzchorschüler, Augenzeuge, 85354 Freising, Vimystr.4

Bücher zur Zeitgeschichte



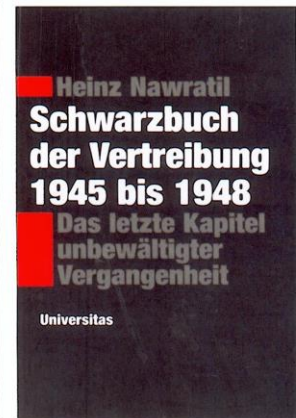
1496 S., ISBN 978-3-7844-2691-4
€ A 100,80



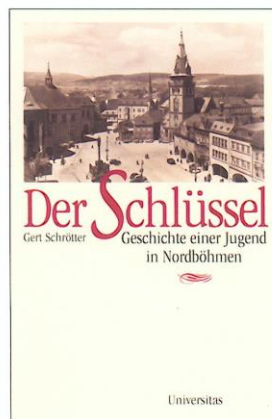
296 S., ISBN 978-3-8004-1416-1
€ A 20,50



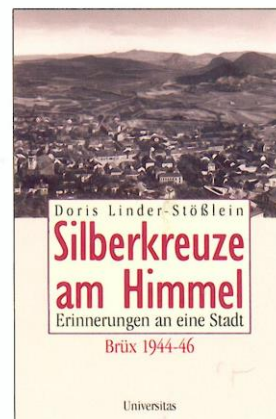
480 S., ISBN 978-3-7766-2291-1
€ A 41,10



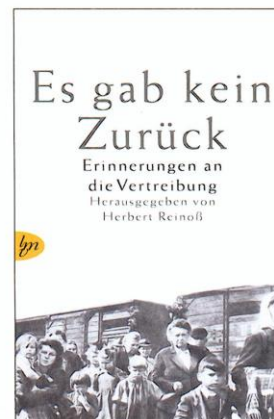
248 S., ISBN 978-3-8004-1474-1
€ A 20,50



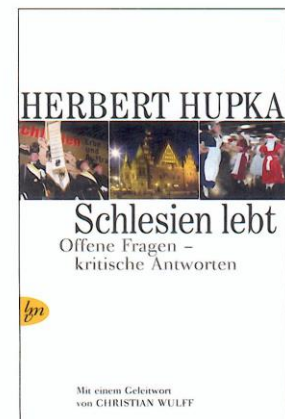
328 S., ISBN 978-3-8004-1459-8
€ A 20,50



352 S., ISBN 978-3-8004-1456-7
€ A 23,60



304 S., ISBN 978-3-7844-3046-1
€ A 17,40



240 S., ISBN 978-3-7844-3045-4
€ A 20,50

Buchverlage LangenMüller Herbig www.herbig.net